

Regierungsratsbeschluss

vom 15. Dezember 2009

Nr. 2009/2406

KR.Nr. A 184/2008 (BJD)

Auftrag Iris Schelbert-Widmer (Grüne, Olten): Strom in der Verwaltung zu 100 % aus erneuerbaren Energien (03.12.2008) Stellungnahme des Regierungsrates

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Strombedarf der kantonalen Verwaltung spätestens ab 2012 zu 50 % und ab 2015 zu 100 % nachweislich aus erneuerbaren Energien zu decken.

2. Begründung

Der Kanton Solothurn bekennt sich zur Notwendigkeit, seine Energiepolitik, welche im Energiegesetz sowie im Energiekonzept festgeschrieben steht, weiterhin konsequent zu verfolgen. Dazu gehört die Reduktion des Energieverbrauchs und die Steigerung der Energieeffizienz. Der Regierungsrat bekräftigt diese Haltung erneut in der Botschaft und im Entwurf zum Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Verschiedene lokale Stromversorger der Schweiz gehen konsequent den Weg hin zu erneuerbaren Energien (z.B. IWB oder EWZ). Selbst für Stromversorger dieser Grösse ist dies heute eine realisierbare Option. Die ATEL investiert teilweise in erneuerbare Energie, hauptsächlich in Wasserkraft.

Der Kanton mit seiner Verwaltung ist einer der grössten Arbeitgeber. Ihm kommt eine grosse Vorbildfunktion zu, auch was den Stromverbrauch sowie die Herkunft des Stroms betrifft. Der Kanton macht vor, wie man Strom sparen kann durch z.B. konsequentes Abschalten aller elektrischen Geräte über Nacht. Andererseits soll der Strom künftig zu 100 % aus erneuerbaren Energien stammen. Eine solche Nachfrage erhöht das Angebot.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Kanton hat dem energiesparenden und umweltbewussten Bauen sowie dem Einsatz erneuerbarer Energien schon bisher einen grossen Stellenwert beigemessen. So ist das Hochbauamt seit 2005 nach ISO 14001 umweltzertifiziert und erarbeitet in diesem Rahmen ein jährliches Umweltprogramm, das auch Energiesparmassnahmen beinhaltet. Aus diesem Grund werden bei neuen Anlagen für die Wärmebereitstellung generell erneuerbare Energieträger eingesetzt.

Im Strombereich hat eine Erhebung bei allen Energielieferanten ergeben, dass heute rund die Hälfte des Stromverbrauches der kantonalen Verwaltung aus erneuerbaren Energiequellen stammt und damit der Auftrag für 2012 bereits erfüllt ist.

Um den Auftrag ab 2015 auch für die zweite Hälfte des Stromverbrauches zu erfüllen, ergäben sich – unter Berücksichtigung des jeweils günstigsten Öko-Zertifikats - gegenwärtig nicht vertretbare Mehrkosten von rund 80'000 Franken pro Jahr. Der Entscheid soll jedoch im Jahr 2014, unter Berücksichtigung der dann gültigen Zertifikatspreise, erneut überprüft werden.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement (br)
Hochbauamt (M.K./sk) (4)
Amt für Umwelt
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit, Energiefachstelle
Aktuarin UMBAWIKO
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat